



Die Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 02.07.2015

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration  
am Dienstag, 07. Juli 2015, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 05.05.2015
2. Stadtplan für Flüchtlinge  
- Vorstellung des Projekts -

## NEUE ANTRÄGE

3. 15-F-03-0082

Bürgerinformation Flüchtlinge  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 01.07.2015 -

Der Ausschuss möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

eine Liste zu erstellen, welche Hilfeleistungen (Sachspenden, Räumlichkeiten, etc.) wo und in welchem Umfang benötigt werden. Diese Liste ist so schnell wie möglich zu erstellen, wenn möglich aber unter Einbeziehung des Runden Tisches.

Diese Liste ist mit Kontaktdaten der zuständigen Amtsstelle auf der Homepage der LHW zu veröffentlichen.

#### 4. 15-F-08-0038

Unterstützung Freifunk Wiesbaden

- Antrag von Linke&Piraten vom 01.07.2015 -

Die aktuellen Bemühungen der Stadt Wiesbaden für die Einrichtung eines öffentlichen WLAN sind sehr begrüßenswert, können sie doch dazu beitragen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden im nationalen und internationalen Vergleich bei der Vernetzung der Bürger und Gäste der Stadt nicht mehr hinterherhinkt.

Ein weitere Möglichkeit, das von OB Gerich postulierte Ziel eines öffentlich zugänglichen Netzes in Wiesbaden zu realisieren, ist die Unterstützung und Einbindung der Wiesbadener Freifunk-Bewegung, die seit Jahresbeginn eigene Netzknoten in Wiesbaden betreibt und bereits jetzt über 50 öffentliche, durch Bürger betriebene WLAN-Zugänge verfügt, die als „Brücke“ zu den eigentlichen Internet-Gateways dienen.

Freifunk-Netzwerke sind „Selbstmach-Netze“, das heißt, dass es keinen zentralen Anbieter gibt. Stattdessen lebt das Netz von einzelnen Akteuren, die ihre Infrastruktur anderen Nutzern zur Verfügung stellen.

Die interfraktionellen Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen oder der Stadt Mainz zeigen, wie Freifunk dabei helfen kann, kostenloses Internet nicht nur in die breite Fläche zu bringen, sondern auch gezielte Hilfe leisten kann, zum Beispiel durch die kostenfreie Anbindung von Flüchtlingsheimen ans Internet, um den dort lebenden Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, sich zu informieren und Kontakte zu Freunden und Verwandten aufrecht zu erhalten.

Für die Initiative Freifunk Wiesbaden, der auch Stadtverordnete angehören, liegt derzeit der Eigenausbau des hiesigen Freifunk-Netzes am Herzen. Dazu bedarf es aktuell nicht unbedingt finanzieller Mittel, sondern zunächst nur der generellen Unterstützung der Stadt Wiesbaden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßt das Engagement seiner Bürger zur Errichtung öffentlicher WLAN-Zugänge.
2. Der Magistrat möge ermitteln und berichten
  - a. welche Dachflächen stadteigener Gebäude der Wiesbadener Freifunk-Initiative für die Aufstellung von Richtfunkantennen zur Verfügung gestellt werden können,
  - b. welche technische und personelle Unterstützung bei der Montage der Richtfunkantennen bereitgestellt werden kann,
  - c. welche Möglichkeiten bestehen, in städtischen Einrichtungen mit Publikumsverkehr bzw. an

- belebten Plätzen öffentliche Freifunk-Router aufzustellen,  
d. welche werbetechnischen Möglichkeiten die Stadt Wiesbaden nutzen kann, um das Freifunk-Netz in der Stadt bekannter zu machen und um Bürger dazu zu bewegen, eigene Freifunk-Router aufzustellen.

### ANTRÄGE/SITZUNGSVORLAGEN MIT VORLAUF

**5. 11-F-33-0012**

Namen von öffentlichen Einrichtungen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011 -

**6. 13-F-33-0107**

**ANLAGE**

Sicherheitskonzept Kulturpark

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.12.2013 -

**7. 14-F-33-0018**

**ANLAGE**

Fußgängerinformation Waldemar Reichardt an seiner Statue in der Kleinen Schwalbacher Straße

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

**8. 14-F-05-0019**

**ANLAGE**

Tätigkeit des Präventionsrates

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 05.11.2014 -

**9. 15-F-05-0005**

**ANLAGE**

Behandlung des Themenkreises Migration/Demenz in seiner Gesamtheit erforderlich!

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Freie Demokraten FDP im Rathaus vom 09. März 2015-

**10. 15-A-02-0007**

**ANLAGE**

Änderung der §§ 4, 6, 9 und 11 der Ordnung für das Jugendparlament der Landeshauptstadt Wiesbaden

11. 14-V-12-0001 DL 10/15-1, 04/15-1 , 17/14-6 + ANLAGE  
Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

12. 15-V-01-0007 + 13-F-33-0063 DL 27/15-2  
WLAN für Bürgerinnen und Bürger

13. 15-V-01-4006 + 15-F-33-0041 DL 30/15-3  
Einführung der Briefwahl für die Wahl des Ausländerbeirats, Änderung der Hauptsatzung

14. Bericht der Dezernentin

### **NEUE SITZUNGSVORLAGEN**

15. 15-V-33-0006 DL 31/15-2  
Integrationskonzept 2015 - 2019

16. 15-V-20-0022 DL 22/15-2  
Investitionscontrolling 1. Quartal 2015

17. 15-V-30-0003 DL 27/15-6, 25/15-5  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden- Schierstein)

18. 15-V-30-0005 DL 27/15-7, 25/15-6  
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

**19. 15-V-30-0006**

**DL 30/15-7**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II  
(Wiesbaden-Biebrich)

**20. Verschiedenes**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Apel  
Vorsitzende